

Antrag 02

Antrag des Kreisvorstandes an den SPD-Kreisparteitag Burgenlandkreis

Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

Streichung von Straßenausbaubeiträgen im Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Die SPD-Burgenlandkreis unterstützt die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Ziel, Beiträge für Verkehrsanlagen (Straßenausbaubeiträge) nach §§ 6 und 6a des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) abzuschaffen. Die den Gemeinden entstehenden Einnahmeausfälle unterfallen dem Konnexitätsgrundsatz der Landesverfassung und müssen deshalb vom Land erstattet werden.

Begründung:

Im Rahmen ihrer auswärtigen Sitzung am 14.08.2018 in Hohenmölsen hat die SPD-Landtagsfraktion folgenden Beschluss gefasst:

- 1. Die SPD-Landtagsfraktion verfolgt das Ziel der Abschaffung der Beiträge für Verkehrsanlagen (Straßenausbaubeiträge) nach §§ 6 und 6a des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA).*
- 2. Die den Gemeinden entstehenden Einnahmeausfälle unterfallen dem Konnexitätsgrundsatz der Landesverfassung und sind deshalb unter Anrechnung von ersparten Verwaltungsaufwendungen der Gemeinden für die Beitragserhebung vom Land zu erstatten.*
- 3. Um eine dem Konnexitätsgrundsatz genügende Berechnung anstellen zu können, wird die Landesregierung gebeten, die jährlichen Einnahmen der Gemeinden aus Straßenausbaubeiträgen nach §§ 6 und 6a KAG-LSA aus den Jahren 2010 bis 2017 sowie die Verwaltungsaufwendungen (inklusive Rechtsberatung, Gerichtskosten etc.) der Gemeinden für die Beitragserhebung zu erfassen.*
- 4. Der Ausgleich des Landes gegenüber den Gemeinden kann über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) und/oder das Gesetz zur Finanzierung von Investitionen des kommunalen Straßenbaus erfolgen.*
- 5. Die bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu klärenden juristischen und finanziellen Fragen sind komplex. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion in intensive Gespräche mit der SGK Sachsen-Anhalt, (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten, dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt sowie in diesem Bereich engagierten Bürgerinitiativen eintreten, um so eine breit getragene Lösung zu erarbeiten.*

Damit greift die SPD im Magdeburger Landtag die jüngste Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Bayern und die (Abschaffungs-) Diskussion in Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen auf.

Die Abschaffung ist ein juristisch und finanziell anspruchsvolles Vorhaben. Auch müssen die Koalitionspartner CDU und Bündnis90/Die Grünen hiervon überzeugt werden.

Deshalb sollte das Vorhaben von der SPD-Basis ausdrücklich unterstützt werden.